

3. Internationale Konferenz zur Holocaustforschung
Helfer, Retter und Netzwerker des Widerstands
27./28. Januar 2011, Berlin

Alejandro Baer, Universidad Complutense Madrid / Universität Bayreuth

Beitrag zum Podium: Hilfe für Juden während des Holocaust – Europa

28. Januar 2011, Berlin

Zur Judenrettung Spanischer Diplomaten: Mythen, Fakten und Erinnerungspolitik¹

Am 28. September letzten Jahres veranstalteten zwei rechtsorientierte politische Vereine in Madrid einen Gedenktakt zu Ehren von Angel Sanz Briz und, wie auf dem Plakaten und Einladungen zu lesen war, „zu Ehren aller spanischer Diplomaten, die über 50.000 Juden während des II. Weltkriegs das Leben retteten“. In den Ansprachen wurde behauptet, dass die Diplomaten nicht isoliert gehandelt hätten, sondern die Richtlinien einer aus humanitären Gründen von der Staatsführung angeordneten Politik umsetzten.

Was dieses Ereignis interessant macht, ist weder der Umfang noch die Tragweite dieser Veranstaltung – sie wurde von weniger als 60 Personen besucht und auch kaum von den Medien wahrgenommen – sondern das Fortbestehen einer in der Nachkriegszeit vom Franco-Regime generierten Selbstdarstellung als „Retter der Juden“. Zum anderen fällt auf, dass in diesem Zusammenhang das Motiv des Retters oder Helfers benutzt wird, das in einer transnationalisierten Holocaust-Erinnerungskultur zentrale Bedeutung hat.

Bislang kamen diese zwei Elemente – Franquistischer Mythos der Judenrettung und die ausufernde Heroisierung der Diplomaten – deutlich voneinander getrennt vor und entsprachen zwei entgegengesetzten Geschichtsinterpretationen. Wenn Franco der „Judenretter“ war, dann führten die Diplomaten lediglich seine Instruktionen aus. Treten andererseits die Diplomaten in den Vordergrund, wird das Regime in ein schlechtes Licht gerückt, da angenommen

¹ Für hilfreiche Kommentare danke ich Bernt Schnettler und Marlen Rabl

wird, dass die Diplomaten aus eigener Initiative und noblen Gründen handelten, indem sie die Anordnungen ihres Staates nicht befolgten, und – wie wir in letzter Zeit in öffentlichen Gedenktagen und in den Medien hören – dabei ihre Karriere und manchmal sogar ihr Leben aufs Spiel setzten. Die erste Interpretation ist seit Mitte der 80er Jahren von Historikern wie Haim Avni, Antonio Marquina und Bernd Rother eindeutig widerlegt worden. Die zweite ist zwar keine politisch motivierte Verdrehung der Fakten (wie die ungeheure Übertreibung der Zahl der geretteten, im Fall der zu Anfang erwähnten Veranstaltung), entspricht jedoch einem in der Gegenwart verankerten Wahrnehmungsmuster der Heroisierung (man könnte fast sagen Heiligsprechung), das das Bild dieser Zeit und vor allem die Handlungen dieser Menschen nicht nur wenig wahrheitsgetreu darstellt, sondern auch an deren Bedeutung und Wert für die Gegenwart vorbeigeht.

Anhand des folgenden Fallbeispiels – Sebastian Romero Radigales, spanischer Konsul in Athen von 1943 bis 1946 – will ich einen möglichst klaren Blick auf die damaligen Ereignisse werfen. Anhand des Verhaltens von Romero kann man der Frage nach dem Spielraum des Helfens von Diplomaten im Rahmen freundschaftlicher Beziehung mit Nazi-Deutschland näher kommen, und gleichzeitig einen Bereich der offiziellen Stellung des Franco-Regimes gegenüber Juden in der Zeit des Holocaust beleuchten – nämlich die Situation sephardischer Juden mit spanischer Staatsangehörigkeit im besetzten Europa.

Es bedarf an dieser Stelle der Erläuterung einiger Daten zum Kontext. Wir versetzen uns zunächst nach Saloniki, Griechenland, Anfang 1943, unmittelbar vor dem Beginn der Deportationen. In Saloniki lebten 50.000 Juden, es war die größte sephardische Gemeinde Europas. Von diesen sephardischen Juden besaßen etwa 500 die spanische Staatsangehörigkeit. Wie kam es, dass 1% dieser sephardischen Juden in Saloniki Spanier waren? Unter der Regierung von Primo de Rivera, zwischen 1923 und 1930, war einem kleinen Teil der Sepharden der Erwerb der spanischen Staatsangehörigkeit ermöglicht worden. In den Nachfolgestaaten des Osmanischen Reichs und in Frankreich hatten dadurch insgesamt etwa 4000 Juden die spanische Staatsbürgerschaft (obwohl sie nie in Spanien gelebt hatten). Für diese Menschen werden ihre spanischen Dokumente überlebenswichtig werden.

Im Januar 1943 wird von deutscher Seite der spanischen Regierung – wie auch anderen neutralen und verbündeten Staaten – in Form eines Ultimatums die Möglichkeit gegeben, „ihre Juden“ in die jeweiligen Stammländer zurückzuführen, also spanischen Juden nach Spanien zu repatriieren. Bislang waren sie in Griechenland, wie auch in anderen Ländern, wo zu diesem Zeitpunkt der Holocaust schon weit vorangeschritten war, von den meisten antijüdischen Maßnahmen verschont geblieben.

Juden mit spanischer Nationalität, die nach Ablauf der Frist im Gebiet unter deutscher Besatzung bleiben – so lautete das deutsche Ultimatum –, würden den "allgemeinen Maßnahmen gegen Juden" unterworfen, also auch in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Ab diesem Moment wird die Regierung von Spanien mit einer unbequemen Entscheidung konfrontiert: wenn der Einlass dieser Juden nach Spanien nicht genehmigt würde, käme dies einem Todesurteil gleich.

Monatelang gibt es keine klare definitive Stellungnahme Spaniens zum deutschen Ultimatum. Inzwischen fangen die Deportationen von griechischen Juden in Saloniki an. Am 15. März verlässt der erste Transport mit 2.800 Juden den Bahnhof der Stadt. Von diesem Tag an werden regelmäßig Güterzüge voller Menschen Saloniki in Richtung Polen verlassen.

Als Romero Radigales Mitte April 1943 sein Amt in Athen antritt, hat Deutschland noch keine Antwort der spanischen Regierung erhalten. Er wird informiert, dass man aus diesem Grund auch beabsichtigt, die Juden mit spanischer Staatsbürgerschaft in die Deportationen einzuschließen. Dieser deutschen Schilderung eines angeblichen spanischen Desinteresses an einer Rückführung spanischer Juden schenkt er jedoch keinen Glauben. Ihm gelingt die vorläufige Aussetzung der Maßnahme, bis Anweisungen von Madrid eintreffen. Das wird entscheidend sein für das Schicksal der spanischen Juden aus Saloniki.

Gleichzeitig sucht Radigales nach Möglichkeiten für eine eventuelle Evakuierung über See oder auf dem Landweg und beginnt Verhandlungen, obwohl er von seinem Ministerium hierzu keine ausdrücklichen Befehle erhält. In der

Korrespondenz mit dem Außenministerium wird Romero immer wieder die Dringlichkeit ausdrücken, die spanischen Juden zu repatriieren. In seinen Schreiben erwähnt er die Konsequenzen, die das passive Verhalten von spanischer Seite haben würde. Dabei argumentiert er sowohl mit humanitären wie politischen Erwägungen und erläutert das berechenbare Anwachsen der Gegnerschaft der Alliierten gegenüber Spanien. Dazu muss erwähnt werden, dass sich die spanische Regierung im Laufe des Jahres 1943 allmählich auf den Sieg der Alliierten einstellt, und auch dementsprechend handelt.

Aus Madrid bekommt Romero negative Nachrichten. Die Rückführung als Sammeltransport ist nur in außerordentlichen Fällen möglich. In der Kommunikation mit Deutschland führt die spanische Regierung Transportprobleme an und erbittet eine Verlängerung der Frist der Rückführung, die bis zum 15. Juli gewährt wird. Aber die Verlängerung der Frist garantiert keine Sicherheit der spanischen Juden. Es gibt Vorfälle, bei denen „versehentlich“ spanische Juden zusammen mit griechischen verhaftet und deportiert werden. In diesen Fällen wendet sich Romero an die spanische Botschaft in Berlin, damit diese deren Befreiung von den Deutschen fordert. In den meisten Fällen ist es aber schon zu spät. Gleichzeitig schreibt er unermüdlich weiterhin sowohl nach Madrid als auch dem Botschafter in Berlin und fertigt für den Fall der erhofften Evakuierung Listen mit den Namen der Verfolgten an. Inzwischen gelingt es ihm, zusammen mit dem italienischen Konsul, dass einzelne spanische Sepharden in Athen – damals noch unter italienischer Besatzung – Zuflucht finden.

Aber die Entschlossenheit und die Initiativen von Romero werden in Madrid missbilligt. Der spanische Botschafter in Berlin bekommt ein vertrauliches Telegramm des Außenministers Gómez Jordana folgenden Inhalts:

In meinen Telegrammen über das Problem von Sefarden aus Saloniki befahl ich dem Generalkonsul in Athen ein passives Verhalten und keinen Kollektivreisepass auszustellen (...). Es ist unumgänglich, das Übermaß an Eifer des Generalkonsuls in Athen zu neutralisieren und diese Angelegenheit einzustellen, welche in Spanien auf ernste Schwierigkei-

ten stoßen könnte².

Worauf ist der wiederholte Verzug der spanischen Autoritäten zurückzuführen? Das Verhalten entsprach einer Politik, die darauf abzielte, so wenige Juden wie nur möglich hineinzulassen. In der Transitfrage hatte sich Spanien relativ liberal gezeigt. Die spanische Regierung hatte (vor allem zwischen 1940 und 1941) Transitvisen für tausende von jüdischen Flüchtlingen gewährt, die über Spanien aus dem besetzten Europa flohen, und via Spanien und Portugal in die Freiheit gelangten. Die Bedingungen des Transits waren streng und die Flüchtlinge sollten durch Spanien „como la luz por el cristal“ (wie das Licht durch das Glas – so der Satz von Außenminister Gomez-Jordana) hasten. Die Situation jetzt war aber eine ganz andere: Spanien wollte keine Juden im Land, nicht einmal diejenigen, die durch spanische Staatsbürgerschaft dazu berechtigt gewesen wären. Die Franco-Regierung sah dies als Bedrohung. Worin diese bestehen könnte, wird jedoch nie ausgeführt.

Im Juli 1943 ist die Säuberungsaktion der Nazis in Saloniki praktisch abgeschlossen. In weniger als fünf Monaten wurden 48.000 Menschen in die Todeslager deportiert. Das jüdische Leben von Saloniki war für immer von der Landkarte gelöscht. In der Stadt blieben nur noch 367 sephardische Juden mit spanischer Nationalität. Sie waren die letzten Juden aus Saloniki, der Stadt, die „das Jerusalem des Balkans“ genannt wurde.

Nach Ablauf auch der zweiten deutschen Frist, informiert Romero über die Absicht der Deutschen, auch die spanischen Sephardim zu deportieren, wenn Madrid sich nicht endlich entschließe, was mit diesen Menschen zu geschehen sei. Die Gruppe hält am Konsul und seinen Mitarbeitern fest und erwartet noch ein Wunder: die Reise nach Spanien.

² Soweit nicht anders vermerkt stammen die zitierten Quellen aus dem Archivo del Ministerio de Asuntos Exteriores y de Cooperación (Madrid) und dem Archivo General de la Administración (Alcalá de Henares).

Eberhard von Thadden, zu diesem Zeitpunkt „Judenreferent“ des Auswärtigen Amtes formuliert in diesen Tagen folgender Weise das, was er als ein inkongruentes spanisches Verhalten bezgl. der Judenfrage versteht:

„Mir ist es unverständlich, weshalb die spanische Regierung auf der einen Seite sagt, es handele sich um Spanier, auf der anderen Seite jedoch erklärt sie, diese Spanier dürften nicht nach Spanien einreisen.“³

Diese Aussage des Nazi-Bürokraten ist sehr aufschlussreich, denn sie zeugt von einer bedeutenden soziologischen Unterscheidung zwischen dem Antijudaismus der franquistischen Nationalkatholiken und dem Rassenantisemitismus der Nazis. Wenn ein Jude aus der Nations- und Volksgemeinschaft ausgeschlossen ist, wie es von Thadden versteht, stößt natürlich der Einsatz der Regierung Spaniens für Juden mit spanischer Staatsbürgerschaft auf ein weltanschauliches Unverständnis. Für die Spanier, hingegen, sieht es ganz anders aus. Die Einreise der Sepharden ist von der jüdenfeindlichen Regierung Francos unerwünscht. Es sind schließlich Juden. Doch eine Ermordung dieser Menschen, wie es Absicht der Nazis war, stieß bei vielen spanischen Diplomaten auf Fassungslosigkeit, und – wie wir in den folgenden Schreiben sehen – auf Konsternation und Aufrufe zur Handlung.

Die Schreiben von Botschafter Ginés Vidal in Berlin an das spanische Auswärtige Amt, und auch jene vom Botschaftssekretär, Fernando Oliván machen die Folgen der spanischen Passivität deutlich.

Oliván schreibt am 22 Juli 1943: „Wenn sich Spanien aus Gründen, die für Jedermann bekannt sind, weigert, diesen Teil ihrer Kolonie im Ausland zu empfangen, obwohl sie die spanische Staatsangehörigkeit besitzt und alle Formalitäten erfüllt hat, die unsere Gesetzgebung ihnen auferlegt, dann verurteilt sie sie automatisch zum Tode. Dies ist die traurige Realität, vor der man nicht die Augen verschließen soll. (...) Ein schlechter Prophet wäre ich, wenn nicht der Tag kommen wird, an dem man uns grausam kritisieren wird, weil wir in Kennt-

³ Rother, Bernt, Spanien und der Holocaust, Tübingen, 2001, S.225

nis dessen, was kommen wird, unsere Hände in Unschuld gewaschen haben wie Pilatus und diese Menschen ihrem traurigen Schicksal überlassen haben, ohne wenigstens Protest zu erheben und ohne etwas unternommen zu haben, um sie zu retten“.

In Anbetracht der Spanischen Unbestimmtheit trifft Deutschland die Entscheidung, die spanischen Juden in das Konzentrationslager von Bergen-Belsen (ein sogenanntes „Aufenthaltslager“ für „Austausch-Juden“) einzuweisen. Die spanische Regierung hätte dann Zeit – so lautet ein Dokument des deutschen Auswärtigen Amts –, noch einmal zu überlegen, „ob und um welche Juden es die Absicht hat, sich zu kümmern“.

Romero Radigales gibt in seinem Eifer auch im letzten Moment nicht auf und versucht, die Deportation in das deutsche Lager zu vermeiden. „Ich bitte unsere Botschaft, dass sie vermittelt, damit [die Juden] nicht deportiert werden, sondern im griechischen Territorium bleiben, auch wenn sie interniert werden müssen“, schreibt Romero in einem Brief an das Ministerium.

Romero versucht die Deportation hinauszuschieben, die Zahl der betroffenen Menschen zu verringern und wenigstens Kinder und ältere Menschen davor zu bewahren. Endlich fordert er, nach abermaligem Scheitern, dass die Bedingungen des Transports die bestmöglichen sein sollen. Am 13. August 1943 kommt nach einer 12-tägigen Reise der Zug mit den 367 spanischen Juden aus Saloniki in Bergen-Belsen an.

Romero wendet sich wieder an seine Vorgesetzten in Madrid:

„Der Zustand von Verzweiflung, in dem sich die Sepharden befanden, ist unbeschreiblich; ihre Nerven waren zerstört. Ich erlaube, mir Sie zu bitten, dass so bald wie möglich Greise, Frauen, Kinder und schwache Menschen repatriiert werden, die schwerlich die Umstände des Konzentrationslagers aushalten werden“.

Im Hinblick auf die Deportation schreibt er folgendes:

„Die Tatsache hat eine bedauerliche Wirkung verursacht, nicht allein in unserer Kolonie, sondern auch bei den Griechen und Italienern, welche die Gründe, die unser Handeln leiten, nicht verstehen. Und unser Verhalten hat sich mehr abgehoben, weil man es mit dem von Italien, der Schweiz, Argentinien und der Türkei vergleicht. Diese haben alle ihre hebräischen Staatsbürger von Saloniki repatriiert“.

In diesen Tagen findet endlich ein Wendepunkt in der Politik der spanischen Regierung statt. Die Tatsache, dass sie mit den Folgen ihrer Passivität konfrontiert werden und vor allem die wachsende spanische Sensibilität gegenüber dem Druck und der vorhersehbaren Verurteilung seitens der Alliierten, kann als Motiv gelten. An der deutschen Entschlossenheit wird auch nicht mehr gezweifelt. Die Rückführung der spanischen Juden im deutsch-besetzten Europa wird genehmigt. Welche Rolle hier die Warnungen der Diplomaten in Berlin, Athen und Paris gespielt haben, ist schwer einzuschätzen. Aber sie waren sicherlich von Bedeutung.

Die Repatriierung wird jedoch nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen genehmigt. Der eigentliche Beschluss umfasst keine Heimschaffung, sondern eine Asyl- und Transit-Operation. Alle Juden sollten Spanien so bald wie möglich wieder verlassen und der Abzug einer Gruppe war die Bedingung für die Rückführung einer folgenden Gruppe.

Diesen restriktiven Anordnungen gemäß konnte Spanien die Einreise der Gruppe aus Bergen-Belsen nach Spanien nicht gewähren, bis eine im August eingetroffene Gruppe von 77 sephardischen Spaniern aus Frankreich das Land verließ. Dies geschieht erst im Februar 1944. Inzwischen kommen Raquel Carasso Sazón, 24 Jahren alt, und Salomón Moshe Cohen, 57, in Bergen-Belsen ums Leben.

Die Anstrengungen, die spanischen Sepharden zu schützen gehen weiter, als die Deutschen später Athen besetzen. Erneut erbittet Romero die unmittelbare Heimführung spanischer Juden - diesmal aus der griechischen Hauptstadt.

Aber seine Bemühungen haben keinen Erfolg. Eine zweite Gruppe von 155 sephardischen Spaniern wird im April 1944 ebenfalls nach Bergen-Belsen deportiert. Die spanischen Hindernisse und die von Deutschen angeführten Schwierigkeiten des Transports lassen diese Gruppe nie in Spanien ankommen. Sie werden ein ganzes Jahr später, bei Kriegsende, von der nordamerikanischen Armee befreit.

Die humanitäre Bilanz der Politik der Franco-Regierung gegenüber den Juden mit spanischer Staatsangehörigkeit im besetzten Europa fällt nicht gerade gut aus. Aber lassen Sie mich zum Schluss die Rolle der Diplomaten und deren Handlungen nochmals in den Fokus bringen.

Die Ambiguität der Anordnungen und die geringe Effizienz der zentralen Bürokratie ergab einen Handlungsspielraum, um sich für die Verfolgten einzusetzen – insbesondere wenn es sich um den Schutz von Staatsangehörigen ging. Die spanischen Juden erhielten die Unterstützung und die energische – fast leidenschaftliche – Verteidigung einiger Konsulen und Botschafter. Außer Romero Radigales muss man hier auch Bernardo Rolland (Konsul in Paris) und Julio Palencia (Botschafter in Sofia) anführen. In anderen Fällen – wie dem viel bekannteren von Sanz Briz – erstellten sie Schutzdokumente, oder sie versuchten – wie auch Julio Palencia –, angesichts der Nazi-Vorhaben eine großzügigere Interpretation der Visumpolitik von Madrid zu bewerkstelligen. All diese Aktionen, die nicht immer die erwünschten Ergebnisse lieferten, hatten viel mit dem persönlichen Engagement der Diplomaten zu tun. Sie konnten handeln, ohne den Rahmen der offiziellen Politik des Regimes, das sie vertraten, zu sprengen. Anders als in Spanien heute oft angenommen, geriet ihre Position dabei nur sehr selten in Gefahr.

Sicherlich ist, wie Elie Wiesel schreibt, im Angesicht der unfassbaren Tragödie der Shoah jeder Akt von Menschlichkeit und Erbarmen etwas Heldenhaftes. Doch die manichäische Gegenüberstellung von Absolut Bösem und Absolut Gutem ist nicht hilfreich. Das Gute ist keine absolute Kategorie, sie hat etwas Brüchiges, Ambivalentes, und auch Zufälliges. Diese Diplomaten vertraten ein Unrechtsregime und gleichzeitig waren sie im Stande, dieses Regime ob der fatalen Folgen seiner Passivität gegenüber der Judenverfolgung in Europa zu ermahnen. Im Kontext einer intensiven und emotional geführten Auseinander-

setzung um die Deutung der diktatorischen Vergangenheit und des Spanischen Bürgerkriegs –und auch einer noch sehr schwachen Bindung an die Erinnerung an den Holocaust –, bieten Geschichten wie die von Romero Radigales und anderer Diplomaten eine fruchtbare Herangehensweise, aus der Vergangenheit zu lernen. Zum einen bekommt man dadurch einen Blick dafür, dass der Holocaust nicht nur eine Geschichte „von Juden und Deutschen“ ist. Zum anderen öffnet sie einen Raum für eine weniger politisch aufgeladene Annäherung an die Vergangenheit.

Bibliographie zum Thema:

Avni, Haim, España, Franco y los judíos. Madrid, 1982.

Israel Garzón, Jacobo und Alejandro Baer (Eds.), España y el Holocausto. Historia y testimonios, Madrid, 2007.

Marquina, Antonio und Gloria Inés Ospina, España y los judíos en el siglo XX, Madrid, 1987.

Morcillo, Matilde, Sebastián Romero Radigales y los Sefardíes de Grecia (1943-1946), Madrid, 2008.

Rother, Bernd, Spanien und der Holocaust, Tübingen, 2001.

Rother, Bernd, Franco als Retter der Juden? Zur Entstehung einer Legende, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 45 (1997), H. 2, S. 122-146.

Visas for Freedom. Spanish Diplomats and the Holocaust (Ausstellungskatalog), Madrid, 2008